

Magistratsvorlage

Wissenschaftsstadt
Darmstadt



Eingang Magistrats- geschäftsstelle: 20.03.2007	an den Magistrat ☐ zur Kenntnis ☒ zur Beschlussfassung	Beteiligt vor Magistratsbeschlussfassung:
Dezernat V Amt: Sozialverwaltung	an die Stadtverordnetenversammlung ☐ OBW zur Befassung ☒ zur Kenntnis ☐ zur Beschlussfassung ☐ zur abschließenden Beschluss- fassung Fachausschuss	Dezernat II Rechtsamt ☐ OBW bei abschl. Beschlussfassung Magistrat
Verteiler: I II V 50 30 20 Stvv	Tagesordnung: ☐ I ☐ II	Vorlage-Nr. 2007/0042 Magistratsbeschluss-Nr. 218

Betreff: **Neustrukturierung und Kommunalisierung der Förderung sozialer Hilfen in Hessen**
 hier: Zuwendungsvertrag mit dem Paritätischen Wohlfahrtsverband Hessen e. V.
 Regionalgeschäftsstelle Darmstadt - Selbsthilfebüro

Vorlage vom: 06.03.2007

Beschlussvorschlag:

Der Magistrat stimmt der Unterzeichnung des beiliegenden Zuwendungsvertrages (inkl. Leistungsbeschreibung und Kalkulationsblatt) mit dem Paritätischen Wohlfahrtsverband Hessen e. V. Regionalgeschäftsstelle Darmstadt – Selbsthilfebüro zu.

Anlagen: Leistungsbeschreibung Selbsthilfebüro
 Zuwendungsvertrag Selbsthilfebüro
 Kostenkalkulation

Beschluss des Magistrats vom 28.03.2007

Der Vorlage wird zugestimmt.

Begründung zur Magistratsvorlage vom 6. März 2007:

Nach Abschluss eines erfolgreichen Modellversuches zur Neustrukturierung sozialer Hilfen in Hessen, führten intensive Verhandlungen zwischen dem Hessischen Städtetag, dem Hessischen Landkreistag, der Liga der freien Wohlfahrtsverbände in Hessen, dem Landeswohlfahrtsverband Hessen und dem Hessischen Sozialministerium zu dem Abschluss einer Rahmenvereinbarung die die Grundsätze der „Neustrukturierung und Kommunalisierung der Förderung sozialer Hilfen in Hessen“ hessenweit übertragen soll.

Dieser Rahmenvereinbarung haben sich nach und nach sämtliche hessischen kreisfreien Städte und Landkreise angeschlossen. Am 27. Januar 2005 wurde vom damaligen Oberbürgermeister Benz die Beitrittserklärung für die Wissenschaftsstadt Darmstadt zur Rahmenvereinbarung unterzeichnet.

Am 15. September 2006 unterschrieb Oberbürgermeister Walter Hoffmann die Zielvereinbarung zwischen dem Land Hessen, dem Landeswohlfahrtsverband Hessen sowie der Wissenschaftsstadt Darmstadt über die Verwendung des örtlichen Budgets gemäß § 3 und über die Verwendung der Mittel des Landeswohlfahrtsverbandes Hessen gemäß § 9 der oben genannten Rahmenvereinbarung über die Grundsätze der Neustrukturierung und Kommunalisierung der Förderung sozialer Hilfen in Hessen.

Der Magistrat hat die Vorgänge mit Vorlage 264 am 26. April 2006 zur Kenntnis genommen und gleichzeitig die weitere Vorgehensweise beschlossen. Die Magistratsvorlage lag der Stadtverordnetenversammlung am 2. Mai 2006 zur Kenntnisnahme vor.

Die Rahmenvereinbarung sieht im § 6 vor, Zuwendungsverträge mit den Anbietern sozialer Hilfen in ihren Zuständigkeiten abzuschließen.

Der **Paritätischen Wohlfahrtsverband Hessen e. V. / Selbsthilfebüro** ist in der Zielvereinbarung dem Ziel „Beratung und Prävention im Gesundheitswesen“ zugeordnet.

Für diesen Förderzweck wird mit diesem Vertrag ausschließlich der bislang über das Land Hessen ausgezahlte Zuschuss zur institutionellen Förderung als Festbetragsfinanzierung geregelt. Darüber hinaus finanziert sich der Verein, neben den sonstigen Einnahmen aus Mitgliedsbeiträgen und Spenden, aus einer Zuwendung der Wissenschaftsstadt Darmstadt, deren Höhe in einer später abzuschließenden Vereinbarung noch vertraglich festzuschreiben ist.

Der im Zuwendungsvertrag genannten Landeszuschuss in Höhe von 8.250,00 Euro wird vom Land Hessen der Wissenschaftsstadt Darmstadt, im Rahmen eines Gesamtbudgets, zur Verfügung gestellt.

Der Vertrag wurde vom Rechtsamt sowie vom Revisionsamt geprüft. Die in der Anlage beigefügte Leistungsbeschreibung lag der stadtinternen „AG Kommunalisierung“ vor und wurde von der Sozial- und Jugendhilfeplanung als „den Standards entsprechend“ bewertet.

Darmstadt, 6. März 2007
dr-gö, Nst.: 32 73

Dezernat I

Dezernat II

Dezernat V

Walter Hoffmann
Oberbürgermeister

Wolfgang Glenz
Bürgermeister

Jochen Partsch
Stadtrat

Anlage

Zuwendungsvertrag
Kalkulationsblatt